

Nr. 19/541 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. 11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
 - An der kleinen Geest
 - Vor den Ahnewelgen
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker HeerstraßeMitteilung des Senats vom 22. Mai 2018
(Drucksache [19/783 S](#))
2. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/832 S](#))

Nr. 19/542 S

Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/710 S](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/543 S

Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 15. August 2018
(Drucksache [19/829 S](#))

Der Bericht ist erledigt durch den zurückgezogenen Antrag mit der Drucksachen-Nr. 19/710 S.

Nr. 19/544 S

Fragestunde

1. Zustand der Feuerwache Bremen-Osterholz
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Detlef Scharf, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. August 2018

2. Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2018
 3. Verkehrssicherheit erhöhen – Maßnahmen gegen Autoposer
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2018
 4. Barrierefreiheit auf Gehwegen in Baustellenbereichen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 31. August 2018
 5. Skateranlage im Postamt vor dem Aus
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2018
 6. Gewalt in Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. September 2018
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Neubaus der Sporthalle für die Oberschule im Park
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 11. September 2018
 8. Juniorwahlen 2019
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/545 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/546 S

Verkehrsinfrastruktur stärken! – Neue Brücken braucht das Land

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. August 2018
(Drucksache [19/830 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/547 S

Job-Ticket ausweiten – Gewerbegebiete besser anbinden: Den Umstieg auf Bus und Bahn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver machen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. August 2018
(Drucksache [19/833 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 18. September 2018 (Drucksache [19/842 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. einen Bericht vorzulegen, wie und in welchem Umfang die Anbindung der peripheren Gewerbegebiete „Hansalinie“, „GVZ“, „BIP“ und „Bremer Kreuz“ an den ÖPNV so verbessert werden kann, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein echter Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV entsteht. Insbesondere ist darzustellen, welche Kosten für die Kommune entstehen, wenn die Beförderungsleistungen über die bisher im Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) und in dem Kontrakt mit der BSAG vereinbarten Leistungsverpflichtungen hinaus ausgeweitet werden. Zur Detailplanung von bedarfsgerechten Angeboten sollen danach bei den Beschäftigten und Unternehmen Erhebungen und Befragungen durchgeführt werden. Im geplanten stadtreionalen Verkehrskonzept soll die verkehrliche Anbindung von Gewerbegebieten einen planerischen Schwerpunkt bilden;
2. mit der BSAG in Gespräche darüber einzutreten, wie die bisher bestehende Beschränkung der Ausgabe von „Jobtickets“ auf einen oder maximal drei kooperierende Arbeitgeber mit mindestens 50 teilnehmenden Beschäftigten so verändert werden kann, dass zumindest die Begrenzung von Arbeitgeber-Kooperationen entfällt und darüber hinaus gegebenenfalls die Mindestteilnehmerzahl gesenkt werden kann. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen;
3. in diesen Gesprächen auch zu erörtern, ob und wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch durch andere Großkundenmodelle jenseits des direkten Arbeitgebers, wie beispielsweise durch eine entsprechende Abwicklung über Kammern oder Gewerkschaften, in den Genuss der mengenrabattierten Tickets kommen können und ob dadurch möglicherweise eine Preissenkung für das Jobticket zu realisieren ist;
4. über die Ergebnisse der Gespräche zu 2. und 3. zeitnah, spätestens jedoch zum 31. März 2019 in der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zu berichten und hierzu ergänzend einen Zwischenbericht zu 1. vorzulegen.

Nr. 19/548 S

Forderung der Bremer Armutskonferenz umsetzen – Gesundheitstreiffunkt West und Frauengesundheit Tenever endlich finanziell absichern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/838 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/549 S

Entwicklung des Baumbestandes und Bewirtschaftung durch den Umweltbetrieb

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/760 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2018

(Drucksache [19/800 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/550 S

Grün erhalten – Baumschutz stärken!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Mai 2018
(Drucksache [19/772 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu entwickeln, das Innenentwicklung und Schutz des Baumbestandes in Einklang bringen soll mit dem Ziel, alten Baumbestand möglichst zu erhalten oder Bäume standortnah nachzupflanzen.
2. darauf hinzuwirken, nur standortgerechte, insektenfreundliche und robuste, an die urbanen Herausforderungen angepasste Bäume auf öffentlichen Flächen und als Straßenbegleitgrün nachzupflanzen.
3. darauf hinzuwirken, dass private Bauträger bei Neubauten prioritär standortgerechte, insektenfreundliche und robuste Bäume anpflanzen.
4. die bestehenden Schutzregelungen und technischen Regelwerke (zum Beispiel DIN 18920, RAS-LP 4, FLL-Baumkontrollrichtlinie, ZTV-Baumpflege) für Bäume auf mögliche Schwachstellen zu überprüfen.
5. den Schutzzumfang eines Baumes vom Stamm- zum Baumkronenumfang zu erweitern mit dem Ziel, den Baumscheibenbereich im Verlauf von Bauarbeiten besser zu schützen.
6. sich um einen wirksamen Schutz der Bäume, zum Beispiel durch Poller, vor Fahrzeugen zu bemühen.
7. die Verursacher von Baumschäden im Zuge von Bauarbeiten stärker zur Verantwortung zu ziehen. Die Kontrollen von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum dürfen nicht nur stichprobenartig sein und müssen verstärkt werden.

8. gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, eine Baufirma, welche mehrfach gegen die Baumschutzregelungen verstößt, nach einem zu erarbeitenden Kriterienkatalog von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.
9. zu prüfen, wie die Rolle von Baumgutachtern gestärkt werden kann.
10. Bäume in öffentlichen Parkanlagen vermehrt als Naturdenkmäler auszuweisen (auf Grundlage § 19 Bremisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege).
11. Baumfällungen durch standortnahe Neupflanzungen zu kompensieren.

Nr. 19/551 S

Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2018
(Drucksache [19/761 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. im Einvernehmen mit den Beiräten Kontrollschwerpunkte in den Stadtteilen zu definieren.
2. in Abstimmung mit den Beiräten das wirksame Freihalten von sicherheitsrelevanten Straßenbereichen, insbesondere Kreuzungen und Einmündungen durch Markierungen, Bepflanzungen (Bodendecker) oder andere bauliche Maßnahmen zu einem weiteren Schwerpunkt des integrierten Konzeptes Verkehrssicherheit zu machen.
3. für die im Einvernehmen mit den Beiräten beschlossenen Kontrollzonen zu prüfen, ob zusätzlich sogenanntes Refi-Personal zur Kontrolle zur Verfügung gestellt werden kann.
4. das Parken im Bereich von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Alteinrichtungen, Kreuzungsbereichen, Haltestellen und Fußgängerüberwegen, durch sich aus Verwarnungsgeldern refinanzierenden Stellen des kommunalen Ordnungsdienstes stärker zu kontrollieren und temporäre Halteverbote im Bereich von Schulen zum täglichen Schulbeginn und -ende einzuführen.
5. die Erarbeitung und Umsetzung von Parkkonzepten auf Stadtteilebene wie in Schwachhausen, die sich aus den vorhandenen Stadtteilbudgets finanzieren sollen, und die gegebenenfalls lokal erforderliche Schaffung zusätzlicher Parkflächen, unter anderem durch Shared-Parking-Konzepte, zu prüfen.
6. Carsharing mit Mobilpunkten und Mobilpünktchen in Abstimmung mit den Beiräten weiter auszubauen, um den Parkdruck zu verringern.
7. zu überprüfen, ob die Möglichkeit zur Ablöse von Parkplätzen bei Neuvorhaben in allen innerstädtischen Ortsteilen noch zeit- und sachgerecht ist.
8. zu prüfen, ob und wie die Kontrollfrequenz und Beseitigung hinsichtlich hindernd oder gefährdend auf dem Gehweg abgestellter Fahrräder verbessert werden kann.

Nr. 19/552 S

Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/725 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/553 S

Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 19. April 2018
(Drucksache [19/764 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Nr. 19/554 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 14. September 2018
(Drucksache [19/846 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen S 19/324 und S 19/335 wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/555 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/769 S](#))

2. Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2018
(Neufassung der Drucksache [19/780 S](#) vom 17. Mai 2018)
(Drucksache [19/801 S](#))

3. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit (sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Mai 2018
(Drucksache [19/781 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2018
(Drucksache [19/805 S](#))

4. Mit dem Rad zur Arbeit fahren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/790 S](#))
5. Entwicklung des Theaters Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2018
(Drucksache [19/786 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/824 S](#))
6. Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. August 2018
(Drucksache [19/825 S](#))
7. Badespaß für alle – Teilhabe durch faire Eintrittspreise!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2018
(Drucksache [19/843 S](#))
8. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/827 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. September 2018
(Drucksache [19/848 S](#))
9. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
vom 21. September 2018
(Drucksache [19/847 S](#))